

50 75

Union in Deutschland

Bonn, den 11. Dezember 1975

Die Offensive beginnt jetzt

Einmütig hat der Bundesausschuß die Aufforderung Helmut Kohls unterstützt, eine breite Offensive der Sachaufklärung über alle unser Volk bewegenden Probleme zu führen. Die Sitzung in Berlin stand im Zeichen fester Entschlossenheit, mit Helmut Kohl an der Spitze 1976 eine Wende in der deutschen Politik zu erkämpfen.

Wir müssen die Wähler davon überzeugen, daß wir die Bundestagswahl gewinnen können und daß wir sie gewinnen werden, weil wir die besseren Argumente und weil wir das bessere persönliche Angebot haben. Helmut Kohl: Wir müssen jetzt anfangen zu kämpfen und dürfen nicht glauben, daß sich der Wahlkampf erst nach den Sommerferien 1976 abspielt.

Der Parteivorsitzende bezeichnete Bundeskanzler Schmidt als den „eigentlichen Gegner“ der Union. Auch wenn die SPD versuche, Schmidt aus der Schußlinie herauszunehmen, und Brandt immer mehr die Rolle Wehners übernehme, um die Union zu verteufeln, werde sich die Opposition nicht verwirren und ablenken lassen. Der Satz Brandts, die SPD lebe in einem unkündbaren Verhältnis mit der Vernunft der Bürger, sei ein Stück Absage an den Pluralismus und ein „Allmachtsanspruch des Sozialismus“, dem die CDU die Alternative der Freiheit entgegengesetzt.

■ SPARHAUSHALT

Mit konkreten Vorschlägen beweist die Union, daß ein erfolgreiches Sparprogramm ohne Steuererhöhungen möglich ist. Seite 7/8

■ RECHT

In Karlsruhe trafen sich etwa 500 Teilnehmer aus allen juristischen Berufen zum ersten gemeinsamen Rechtspolitischen Kongreß der CDU/CSU.

Seite 11/12

■ EIGENTUM

Den geschickt getarnten Enteignungstendenzen der SPD tritt die Union mit einem Förderungsprogramm für Eigentum an Grund und Boden entgegen. Seite 13/14

■ MITTELSTAND

Mit einer klaren Alternative tritt die CDU/CSU der die Existenz des Mittelstandes bedrohenden Politik der SPD/FDP-Koalition entgegen.

Dokumentation

■ ADENAUER-JAHR

Am 5. Januar 1976 ist der 100. Geburtstag Konrad Adenauers. UID macht Aktionsvorschläge zum Adenauer-Jahr für die Kreis-, Stadt- und Gemeindeverbände. Öffentlichkeitsarbeit

INFORMATIONEN

Neid ist kein Mittel der Politik

Die 5. Landesversammlung der CDU in Nordrhein-Westfalen wählte in Witten Heinrich Köppler wieder zum Präsidiumsvorsitzenden des gesamten Landespräsidiums und Heinrich Windelen erneut zum Stellvertreter. Köppler erhielt 194 Ja-Stimmen der 215 abgegebenen Stimmen, Windelen 189 Ja-Stimmen. Im Mittelpunkt der Landesversammlung stand die Grundsatzrede des Parteivorsitzenden. Starke Beachtung fand die These Helmut Kohls, „wer mehr Gleichheit haben will, muß wissen, daß er als Preis weniger Freiheit in Kauf nehmen muß“. Im Wahlkampf werde die Union deutlich machen, daß sie Neid als Mittel der Politik ablehne.

Ein Millionenheer von Unterprivilegierten

Das Recht auf eine abgeschlossene Berufsausbildung muß allen Jugendlichen garantiert und darüber hinaus in den Grundrechtskatalog des Grundgesetzes aufgenommen werden. Diese Forderung hat der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse des Rheinlandes, der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Vogt, in Königswinter erhoben. Auf einer Tagung der hauptamtlichen Sozialsekretäre seiner Organisation stellte Vogt weiter fest, die Politik von SPD und FDP habe dazu geführt, daß sich die Bundesrepublik mehr und mehr zu einer „Gesellschaft der verschlossenen Türen“ entwickle, vor denen die Jugendlichen, die keinen Ausbildungsplatz bzw. keinen Studienplatz erhielten, nun stünden. SPD und FDP hätten damit ein

Millionenheer Unterprivilegiertes geschaffen.

Keine Demontage des innerdeutschen Bereiches

Vor einer Demontage des innerdeutschen Bereiches hat der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des innerdeutschen Bundestagsausschusses von Wrangel in Berlin gewarnt. Mit Nachdruck sprach sich der Unionspolitiker dafür aus, daß sämtliche Verträge mit der DDR federführend im innerdeutschen Ausschuß behandelt werden. Die

Die Spendenkonten zur Hilfe für die demokratischen Kräfte in Spanien und Portugal (Vergleiche UID 44, S. 3) lauten:

Postscheckamt Köln 34-502

Deutsche Bank Bonn 0244 400

gegenwärtige Geschäftsordnung sieht nach Darstellung der Regierungskoalition dagegen vor, daß Fachverträge, wie das Gesundheitsabkommen, federführend von den jeweiligen Fachausschüssen — in diesem Fall dem Gesundheitsausschuß — beraten werden und der innerdeutsche Ausschuß nur ein politisches Votum abgibt.

Übereinstimmung in Sportfragen

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion befaßte sich in Anwesenheit von DSB-Präsident Willy Weyer sowie namhaften Leistungssportlern in einer Sondersitzung mit aktuellen Fragen der Sportförderung. In den Diskussionen wurde ein hohes Maß an Übereinstimmung in den Grundfragen der Sportpolitik deutlich. Dies gilt vor allem für die Sicherstellung der Unabhängigkeit des Sports durch Verbesserung seiner Finanzstruk-

tur; für den Vorrang des Subsidiaritätsprinzips in der Sportförderung; für eine zeit- und aufgabengerechte Beurteilung des Sports und seiner Organisationen in der Steuergesetzgebung mit dem Ziel, die wichtigen Aufgaben im Bereich des Sports auch in Zukunft ohne ein Übermaß öffentlicher Gelder zu erfüllen; für die Anerkennung und Bewahrung des Leistungsgedankens auch im Sport; für die Herstellung der Chancengleichheit und Beseitigung der Nachteile für unsere Spitzensportler sowohl hinsichtlich der sportlichen wie auch vor allem der späteren beruflichen Entwicklung.

Längerfristige Arbeitslose: 36,9%

Die neueste Strukturanalyse der Arbeitslosigkeit zeigt, daß 36,9% der Arbeitslosen länger als ein halbes Jahr ohne Arbeit sind. Der Anteil der Arbeitslosen, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgeschöpft ist, und die wesentlich niedrigere Arbeitslosenhilfe beziehen, beweist, wieviel Arbeitnehmerhaushalte in eine schwierige wirtschaftliche Lage durch diese langfristige Arbeitslosigkeit gekommen sind. Nach wie vor ist die Jugendarbeitslosigkeit in ihrer Höhe besonders gefährlich.

Wesentliche Aufgaben für Frauen

In die Regierungsmannschaft der Union, die im Frühjahr gebildet wird, wird Helmut Kohl mehr als nur eine Frau berufen. Er will dabei von der bisherigen „Rollenverteilung“ abgehen, daß Frauen nur für den sozialen oder pädagogischen Bereich Verantwortung erhalten. In einer von ihm geführten Bundesregierung würden wesentliche Aufgaben auch von Frauen übernommen.

STICHWORTE

Jährliche Einsparungen

in Milliardenhöhe würde die Standardisierung der NATO-Waffensysteme bringen, über die in Brüssel beraten wird.

Einigkeit besteht

zwischen der Eisenbahnergewerkschaft (GdED) und der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darüber, daß nur ein Paket von Maßnahmen und nicht lediglich Verkehrseinschränkungen die Lage der Bahn bessern kann.

Die Zahl

der Mitglieder aller rechtsradikalen Organisationen in der Bundesrepublik geht immer mehr zurück. Sie belief sich Ende 1974 auf 21 400 Personen.

Die vier

ehemaligen Besatzungsmächte sollten nach Ansicht des CDU-MdB Alois Mertes an der Feststellung des Verlaufs der innerdeutschen Demarkationslinie beteiligt werden.

Der innerdeutsche

Handel hat in den ersten neun Monaten 1975 um neun Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Das Aktivsaldo Bonns erhöhte sich von 1,9 auf 2,399 Mrd. Verrechnungseinheiten.

Die DDR-Bevölkerung

nimmt ab. Das Geburtendefizit in den ersten acht Monaten 1975 ist größer als das im gleichen Zeitraum 1974. Im selben Vergleichszeitraum starben 1975 über 40 000 mehr als geboren wurden. 1974 dagegen nur 27 1000.

Ein Taschenbuch

von Prof. Kurt H. Biedenkopf „Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität — Die Grundlagen christlich-demokratischer Politik“ (Olzog-Verlag) ist zum Zweck der politischen Bildungsarbeit erhältlich bei der Bundeszentrale für politische Bildung, 53 Bonn, Berliner Freiheit 7.

RENTEN

Hände weg von der sozialen Altersversicherung

Immer neue Erklärungen des Bundesarbeitsministers und maßgeblicher Sprecher der SPD/FDP-Koalition nähren den Verdacht, daß die Bundesregierung die Bevölkerung über die wahre Lage der gesetzlichen Rentenversicherung über den Termin der nächsten Bundestagswahl hinaus täuschen will. Dies erklärte Hans Katzer und führte u. a. zur rentenpolitischen Lage folgendes aus:

Es ist unzureichend, wenn die Bundesregierung den vorliegenden Bericht lediglich dazu benutzt, festzustellen, daß die zum 1. Juli 1976 und am 1. Januar 1977 anstehenden Anpassungsgesetze in der Renten- und in der Unfallversicherung finanzierbar sind. Es ist geradezu abenteuerlich, wenn die Regierung sich weigert, über den Tellerand der Bundestagswahl 1976 hinauszublicken und versucht, mit Schönheitsoperationen die wahre Situation in der Rentenversicherung zu verschleiern:

Es werden keine Vorausschätzungen durchgeführt, sondern lediglich 15 Modellrechnungen vorgestellt.

Die Krankenversicherung der Rentner wird im Sinne der Bundesregierung zu Lasten der Krankenversicherung als geregelt unterstellt.

Die finanziellen Belastungen der Rentenversicherung aus dem Vertrag mit Polen werden nicht berücksichtigt.

Die Aufwendungen für Gesundheits-

maßnahmen in den Rentenversicherungen werden ab 1976 ohne sachliche und gesetzliche Begründung um 20 v. H. gekürzt.

Keine der den Modellrechnungen zugrunde liegenden Annahmen über Arbeitslosigkeit und Lohnentwicklung für das Jahr 1975 und die mittlere Sicht entspricht den Annahmen der Bundesregierung bei der mittelfristigen Finanzplanung.

Es werden keine Vorschläge über die Höhe des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung gemacht.

Während die Bundesregierung in ihrem Renten Anpassungsbericht 1976 den gesetzlichen Auftrag mißachtet, die Lage der Rentenfinanzen — wenn auch mit Alternativen — realistisch vorzuschätzen und Vorschläge für die langfristige Sicherung der Rentenfinanzen zu machen, deuten zum Beispiel der Arbeitsminister und der sozialpolitische Sprecher der FDP-Fraktion öffentlich bereits einschneidende Änderungen des Rentenrechts nach der nächsten Bundestagswahl an.

Die Union wird bei den bevorstehenden parlamentarischen Beratungen des Renten Anpassungsberichts 1976 die Bundesregierung daran hindern, ihrer Verantwortung für die Rentenfinanzen zu entfliehen. Die Unionsparteien sind nicht bereit, Manipulationen an der Rentenformel mitzumachen. Die Rentenversicherung darf nicht auch noch in den Strudel der von Bundesregierung und SPD/FDP zu verantwortenden Wirtschafts- und Finanzkrise geraten. Die Unionsfraktion warnt nachdrücklich vor einer Erschütterung des Vertrauens der Bevölkerung in die Stabilität der sozialen Altersversicherung als einen der Grundpfeiler unseres Staates. Der Bürger muß auf seine Rente vertrauen können.

■ BUNDESAUSSCHUSS

Unsere Aufgabe für 1976: Arbeit und Überzeugungskraft

Berichte zur Lage von Helmut Kohl und Karl Carstens standen im Mittelpunkt der Berliner Sitzung des Bundesausschusses. Sie sind richtungweisend für die Politik der nächsten Monate. Nachfolgend Auszüge aus beiden Reden.

Helmut Kohl:

Diese Tagung in Berlin ist eine Selbstverständlichkeit. Denn wenn wir gefragt werden, wie oft wir in den letzten Jahren in Berlin waren, kann ich nur feststellen, daß es keine politische Kraft der Bundesrepublik Deutschland gibt, die so ganz selbstverständlich und regelmäßig hier nach Berlin kommt. Für uns ist Berlin unser Berlin, und die Berliner Bürger müssen wissen, daß die CDU, ob in Opposition oder morgen in der Regierung, diese Stadt ganz selbstverständlich als ihre Stadt begreift.

Dies gilt um so mehr, nachdem auch unsere Berliner Wählerschaft ein Signal bei der letzten Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus gesetzt hat. Es ist der CDU zum erstenmal in der Geschichte der Bundesrepublik und auch zum erstenmal in der Geschichte Berlins gelungen, die stärkste Partei zu werden.

Wir haben die Aufgabe zu lösen, unsere 37 Prozent Stammwähler und die 14 Prozent Wechselwähler, die wir dazu gewinnen müssen, in einen Zusammen-

hang zu bringen. Dies ist nur möglich durch eine Politik der Mitte als eine Partei der Mitte, d. h. wir erreichen das gesteckte Ziel nur, wenn wir nicht den Versuch unternehmen, irgend jemand rechts oder links zu überholen. Wir müssen vielmehr fähig sein, durch unser Programm deutlich zu machen, daß Wahlkampf für uns heißt: scharfe, pointierte Kritik an der Regierung und an den Mißständen im Lande, aber Alternativen in den Personen genauso wie in den Bereichen der Sachpolitik. Wir müssen deutlich sagen, was wir selbst tun und beabsichtigen.

Ich möchte davor warnen, etwa zu glauben, daß nur einige, wenn auch wichtige Bereiche, wie Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Entwicklung, für die Auseinandersetzung ausreichen. Dieser Wahlkampf 1976 muß aus unserer Sicht über die Grundprinzipien und die wesentlichen Grundeinstellungen der deutschen Politik geführt werden, und zwar in allen Bereichen, in den Bereichen der Gesellschaftspolitik genauso wie in den Bereichen der eigentlichen Staatspolitik.

Dies ist eine Herausforderung. Wir wollen die anderen herausfordern — SPD und FDP. Aber das ist auch eine Herausforderung an uns selbst, ob wir fähig sind, diesen Weg gemeinsam für die Zukunft zu beschreiten. Was wir jetzt brauchen, ist Arbeit und Überzeugungs-

kraft, und wir brauchen beides, solange bis wir die Wende in der deutschen Politik herbeigeführt haben.

Karl Carstens:

Es gibt eine Parole, die CDU/CSU hätte keine Alternative. Das ist dumme Propaganda. Hier die sechs wichtigsten Punkte der Alternative, die die Fraktion in den jüngsten Debatten des Bundestages der SPD-FDP-Politik entgegengestellt hat:

1. Wir fordern konkrete Maßnahmen zur Überwindung der Arbeitslosigkeit; wir werfen der Regierung vor, daß sie es gerade auf diesem entscheidenden Gebiet an den notwendigen Schritten hat fehlen lassen. Dazu gehören Anreize zu mehr Investitionen durch die Wirtschaft, denn nur dadurch werden wir in der Lage sein, Arbeitsplätze zu schaffen. Es gehört ferner dazu, daß endlich das Gerede von der Sozialisierung der Gesellschaft und der Verstaatlichung der Banken oder der Industrie und daß vor allem das Gerede von der Investitionskontrolle aufhört.

2. Wir fordern konkrete Schritte zur Überwindung der Jugendarbeitslosigkeit. Wir haben vor einigen Monaten einen Antrag im Bundestag eingebracht, der, wenn er verwirklicht worden wäre, zu 40 000 zusätzlichen Lehrstellen geführt hätte. Die Koalition hat diesen Antrag abgelehnt.

3. Wir haben ein Mittelstandsförderungsgesetz im Bundestag eingebracht, weil wir der Meinung sind, daß die Rückschläge, die der Mittelstand erleidet, besonders groß sind. Hier bleibt die Koalition weiter untätig.

4. Wir sind gegen Steuer- und Abgabenerhöhungen, wie sie die SPD/FDP

durchsetzen will. Denn solche Erhöhungen sind in der gegenwärtigen rezessiven Phase deshalb das falsche Mittel, weil sie etwa vorhandene Ansätze einer konjunkturellen Belebung wieder zunichte machen würden.

5. Wir sind bereit, den meisten Einsparungsvorschlägen, die die Regierung gemacht hat, zuzustimmen, aber nicht allen, z. B. bei der Krankenhausfinanzierung oder im landwirtschaftlichen Bereich. Wir haben im Vermittlungsverfahren eine Chance, uns hier noch weiter durchzusetzen.

6. Wir fordern darüber hinaus weitere Einsparungsvorschläge, und wir haben auch ganz klar die Richtung genannt: — Vereinfachung der Gesetzgebung und einer daraus dann resultierenden Vereinfachung der Verwaltung. Typisches Beispiel hierfür ist die Kraftfahrzeugsteuer.

— Einsparung von Stellen im Bundeshaushalt 1976. Drastische Beispiele: Reduzierung der Stellen der parlamentarischen Staatssekretäre, die seit 1969 von sieben auf 21 angewachsen sind; Reduzierung der sogenannten Führungsstäbe, die sich die Minister und der Bundeskanzler zugelegt haben. Das Bundeskanzleramt ist von 260 auf 430 Stellen angewachsen.

— Einsparung bei den Mitteln für Öffentlichkeitsarbeit, die im wesentlichen zu einer Täuschung der Bevölkerung über die Mißerfolge der Regierung verwendet werden. Hier können allein 56 Mill. DM gespart werden.

— Kürzung der Subventionen in einer Größenordnung von fünf Prozent.

Es ist jedoch nicht Aufgabe der Opposition, detaillierte Einsparungsvorschläge zu machen. Das liegt allein in der Verantwortung der Regierung.

■ BUNDESHAUSHALT 1976

Konkrete Sparvorschläge der Union machen Steuererhöhungen unnötig

Im Haushaltsausschuß des Bundestages haben jetzt die Beratungen über den Bundesetat 1976 begonnen. Die CDU/CSU-Fraktion wird bei diesen Beratungen neue, konkrete Sparvorschläge vorlegen. Nachfolgend faßt Dr. Walter Althammer die Forderung der Union zusammen:

1. Die CDU/CSU-Fraktion fordert eine grundlegende Neuordnung des öffentlichen Dienstes, die sicherstellt, daß die bestehenden Verwaltungsaufgaben rationeller erledigt werden können. Bundesregierung und Gesetzgeber werden aufgefordert, die Aufgabenstellung der öffentlichen Verwaltung zu durchforsten mit dem Ziel, daß eine Überforderung des Bürgers, aber auch der Verwaltung, durch ständig neue und komplizierte Gesetze unterbleibt.

2. Die CDU/CSU lehnt die Bewilligung neuer Stellen für das Haushaltsjahr 1976 ab. Darüber hinaus fordert die CDU/CSU die Streichung von zwei Dritteln der derzeit nicht besetzten Stellen in der Bundesverwaltung. Die CDU/CSU nimmt den vorgelegten Änderungsentwurf des Bundesrechnungshofes zu § 17 des Haushaltsgesetzes 1976 vom 28. November 1975 auf. Im Haushaltsjahr 1976 sind insgesamt 4 600 Planstellen für Beamte und Stellen für Angestellte einzusparen. Angesichts der für das kommende Jahr zu erwartenden 1 Million Arbeitslose lehnt die

CDU/CSU-Fraktion jedoch Entlassungen im Bereich des öffentlichen Dienstes ab.

3. Die CDU/CSU fordert die Rückführung der Zahl der Parlamentarischen Staatssekretäre auf den Stand von 1969. Sie fordert ferner eine entsprechende Reduzierung der politischen Leitungsbüros in den Bonner Ministerien. Dies würde alleine für das Jahr 1976 eine Einsparung von 12 Millionen DM bedeuten.

4. Die CDU/CSU fordert die Rückführung der Ausgaben für Propaganda ebenfalls auf den Stand von 1969. Dies würde rd. 56 Millionen DM einsparen.

5. Die CDU/CSU fordert das Einfrieren der Sachausgaben in den Bundesverwaltungen auf den Stand von 1975. Dadurch könnten 1976 weitere 750 Mio. DM eingespart werden.

6. Die CDU/CSU fordert die Bundesregierung auf, die Subventionen (Definition laut Subventionsbericht), beginnend mit dem Haushaltsjahr 1976, um 5% zu kürzen. Dies würde für den Bund rd. 1,35 Mrd. DM ausmachen. Die Aufteilung der Kürzungen auf die einzelnen Bereiche liegt im Verantwortungsbereich der Bundesregierung. Unabweisbare Förderungsmaßnahmen dürfen dabei nicht eingeschränkt werden.

7. Die CDU/CSU-Fraktion hat angesichts der Haushaltslage auf jegliche ausga-

benwirksame Gesetzesanträge verzichtet. Anlässlich der ersten Lesung des Bundeshaushalts 1976 hat darüber hinaus der Fraktionsvorsitzende Prof. Carstens sämtliche bereits eingebrachten kostenwirksamen Gesetze der CDU/CSU-Fraktion zurückgezogen. Die CDU/CSU-Fraktion fordert deshalb die Bundesregierung auf, alle ausgabenwirksamen Gesetze — sofern nicht unabweisbarer Bedarf besteht — um mindestens 1 Haushaltsjahr zurückzustellen.

8. Weiter fordert die CDU/CSU die Einführung des Plakettenverfahrens bei

der Kfz-Steuer. Durch die Verwendung der auf diese Weise eingesparten rd. 3 000 Beamten in der Betriebsprüfung können nach sachverständigen Auskünften rd. 2 Mrd. DM Steuereinnahmen pro Jahr mehr erzielt werden.

Das Ausmaß der Steuerhinterziehung wird auf mindestens 3 Mrd. DM im Jahr geschätzt. Die CDU/CSU fordert mit allem Nachdruck, daß in diesen Bereichen das geltende Steuerrecht voll angewandt wird, ehe die Bürger über Steuererhöhungen erneut zur Kasse gebeten werden.

Dienstrechtsreform — zu praxisfern

Zu dem von der Bundesregierung vorgelegten „Aktionsprogramm zur Dienstrechtsreform“ erklärt der Vorsitzende des Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik der Fraktion, Friedrich Vogel, MdB:

1. Das Programm leidet deutlich unter der Vorgabe, daß die jahrelang diskutierte Hauptstreitfrage — Ausbau oder Abbau des Berufsbeamtentums — nicht angefaßt werden durfte. Dies zwang in vielen Einzelpunkten zu völliger Unverbindlichkeit. Praktisch alle Einzelvorschläge erweisen sich bei näherem Lesen als relativiert durch verschiedene Einschränkungen und manches Wenn und Aber, so daß am Schluß kaum mehr Konkretes übrigbleibt als die Ankündigung, bestimmte Punkte verstärkt prüfen zu wollen.

2. Die Bezeichnung als „Aktions“-Programm ist deshalb irreführend. Das Programm enthält weder gesetzesreife noch sonst „aktions“-reife Vorschläge.

3. Mit diesen notwendigen Einschränkungen kann ich feststellen, daß die in

dem Programm vertretenen Grundsätze, insbesondere die Betonung des Leistungsprinzips bei Einstellungen und Beförderungen sowie die Forderung nach Rückkehr zu funktionsgerechter Besoldung, mit den Vorstellungen der CDU/CSU weitgehend übereinstimmen. Besonders begrüße ich die Festlegung auf „Unparteilichkeit der Amtsführung“, „Unabhängigkeit der Bediensteten“ und gegen „Mißbrauch durch Ämterpatronage“ in Spitzenpositionen. Ist es vermessend zu hoffen, daß damit ein Trendwechsel in der Personalpraxis der Bundesregierung eingeleitet wird?

4. Die Ausführungen über die in Angriff zu nehmenden Einzelpunkte enthalten noch viel zu viel Theorie und „Reformchinesisch“. Sie müssen in der Darstellung und in der Sache durchgreifend einfacher und praxisnäher werden. Dabei muß auch die Wechselbeziehung zwischen der Fortentwicklung des Dienstrechts und einer Straffung der öffentlichen Aufgaben und des öffentlichen Dienstes deutlich und wirksam festgelegt werden.

■ KOALITION

SPD erklärt Helmut Kohl zum Feind Nr. Eins

Der CDU-Führung liegen nach einer Erklärung ihres Bundesgeschäftsführers Karl-Heinz Bilke gesicherte Erkenntnisse vor, daß die Hauptstoßrichtung der sozialdemokratischen Wahlkampagne 1976 auf Helmut Kohl zielen wird.

Den letzten Anstoß hat die im Auftrag des „Stern“ durchgeführte repräsentative Umfrage der Allensbacher Demoskopie gegeben, deren Zahlentabellen im SPD-Hauptquartier — aber auch im Kanzleramt — wie eine Bombe eingeschlagen haben.

War es für die SPD-Oberen schon alarmierend genug, daß „wenn am nächsten Sonntag gewählt würde“, die Union die größte Siegeschance hätte, so löste der Popularitätsvergleich zwischen den beiden Kanzlerkandidaten Helmut Schmidt und Helmut Kohl in der „Baracke“ regelrechte Panikstimmung aus. Die mühsam zuwege gebrachte Einheitsdemonstration von Mannheim, die Helmut Schmidt als die einzig verbliebene Wahlkampfhoffnung der SPD ins gebührende Licht rücken sollte, mußte nun als Fehlschlag gewertet werden.

Wenn einem amtierenden Bundeskanzler der Rivale so hart auf den Fersen sitzt wie Helmut Kohl dem SPD-Kanzler Schmidt, dann sticht diese Karte nicht mehr; denn rechnet man den Amtsbonus, dessen Wirkkraft im fortschreitenden Wahlkampfgetümmel ohnehin blässer wird, einmal ab, dann gilt der Kanz-

lerkandidat der Union heute bereits als gleichrangiger Rivale. Helmut Kohl — der Trend ist einmalig und sensationell — konnte innerhalb von fünfzehn Monaten sein Image um 20 Punkte verbessern.

Die Konsequenz, die man bei der SPD daraus ziehen will: Alle Rohre auf den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU! Weil es den Propagandisten im Ollenhauerhaus allerdings schwerfallen dürfte, den CDU-Vorsitzenden persönlich madig zu machen und zu diffamieren, läßt man sich Mittel einfallen, die zwar durchsichtiger und plumper, wenn sie durchschlagen allerdings auch wirkungsvoller sind. Ein Paradebeispiel dafür hat gerade der SPD-Rechtsexperte Arndt geliefert. Der möchte — gewiß nicht ohne Billigung der Parteispitze — den Kanzlerkandidaten der Union einfach mundtot machen. Redeverbot im Bundestag für Helmut Kohl!

Man darf gespannt sein, was sich die Bonner SPD-Leute noch alles einfallen lassen werden, um dem Mann am Zeuge zu flicken, der, wie die Allensbach-Umfrage ausweist, in der Tat die Gefahr Nummer Eins für die Koalition ist.

Extremisten schlüpfen durch die Hintertür

Die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag befürchtet, daß in anderen Bundesländern für den Schuldienst abgelehnte extremistische Bewerber „durch die Hintertür der Lehrtätigkeit bei Kreisvolkshochschulen“ in Hessen schlüpfen. Die CDU wies in einer Anfrage an die hessische Landesregierung darauf hin, daß nicht nur in Niedersachsen eine Reihe solcher Fälle bekanntgeworden sei. Auch in Hessen habe sich jetzt in einem „besonders spektakulären Fall“ herausgestellt, daß ein in Baden-

Württemberg von der Landesregierung abgelehnter kommunistischer Jung-Pädagoge einen Volkshochschul-Lehrauftrag bekommen habe, was ein „sofortiges Einschreiten der Einstellungsbehörde“ erforderlich mache.

Mißbrauch der Kernenergiewerbung

Der leichtsinnige Umgang von Bundesminister Matthöfer mit dem Geld der Steuerzahler wird besonders im Bereich der Kernenergiewerbung offensichtlich. Aufgrund einer CDU/CSU-Bundestagsanfrage hat der Bundesminister dargelegt, daß 4 Millionen DM für Kernenergiewerbung verausgabt werden sollen und daß im Presse- und Öffentlichkeitsreferat des Ministeriums nunmehr 18 Personen tätig sind. Die Union kritisiert nicht nur diese Überbesetzung, die einmalig innerhalb der Bundesregierung ist, sondern die auf die Person des Ministers bezogene Werbung, die eindeutig den Charakter der Wahlpropaganda trägt.

SPD nimmt die Interessen Moskaus wahr

Der von der Bundesmarine geplante Bau von zwölf Fregatten, der von Marine-Inspekteur Vizeadmiral Günter Luther mit Billigung des Bundesverteidigungsministers Leber vor dem Verteidigungsausschuß des Bundestags mit der unverhältnismäßigen, über das Verteidigungsmaß hinausgehenden Aufrüstung der Marine des Warschauer Paktes begründet worden war, ist bei der SPD auf Kritik gestoßen. In einer Studie des SPD-Arbeitskreises Sicherheit heißt es hierzu, der Sowjetunion müsse „im Sinne der Gleichgewichtstheorie eine mit der konkurrierenden Supermacht USA

vergleichbare Kriegsflotte“ zugestanden werden. Der CDU/CSU-Verteidigungsexperte Manfred Wörner hatte dagegen die Fregatten als „bitter notwendig“ bezeichnet.

Umwandlung im Sinn des Sozialismus

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat die Absicht seiner Partei bekräftigt, die Gesellschaft in der Bundesrepublik umzugestalten. In einem Interview mit der französischen Wochenzeitung „Le Nouvel Observateur“ erwiderte Brandt auf die Frage, ob die SPD den Gedanken einer Umwandlung der Gesellschaftsordnung in einem sozialistischen Sinne aufgegeben habe, es könne keine Rede davon sein. Der auf dem jüngsten SPD-Parteitag in Mannheim beschlossene „Orientierungsrahmen '85“ verdeutlichte sehr wesentliche Elemente im Sinne des „demokratischen“ Sozialismus.

Alarm für Regionalzeitungen

Die Ankündigung von SPD-Schatzmeister Dröscher, die SPD wolle die deutschen Regionalzeitungen wenn nötig durch Kapitaleinsatz unter Kontrolle bekommen, bedeutet nach Ansicht der CSU-Landesleitung „Alarmstufe 1 für Öffentlichkeit und Presse“. Die Argumentation Dröschers, die SPD wolle verhindern, daß andere „das gefährliche Machtinstrument eines regionalen Zeitungsmonopols in die Hand bekommen“, bedeute nichts anderes, als daß die SPD mit Hilfe ihrer gewaltigen finanziellen Mittel die Meinungsvielfalt in der Regionalpresse abwürgen und „die Zensur der sogenannten Presseausschüsse unseligen Angedenkens durch eine Zensur der Kapitaleigner ersetzen“ wolle.

■ RECHTSPOLITISCHER KONGRESS

Die Freiheit ist untrennbar mit dem Recht verbunden

In Karlsruhe, der „Residenz des Rechts“, trafen sich unter diesem Leitwort am 4./5. Dezember 1975 etwa 500 Teilnehmer aus allen juristischen Berufen aus dem ganzen Bundesgebiet und aus Berlin zum ersten gemeinsamen Rechtspolitischen Kongreß der CDU/CSU.

Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger behandelte in seinem Grußwort das Leitwort des Kongresses als wichtige, unmittelbar dem Grundgesetz entnommene Aussage zum Wesen unseres freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaates. Er arbeitet die in unserer Verfassung fundierte freie Entfaltung der Einzelpersönlichkeit heraus und grenzte sie klar gegenüber allen Tendenzen ab, den einzelnen Menschen nur als Bestandteil eines Kollektivs zu sehen und somit die Grundwerte unserer Verfassungsordnung ideologisch zu verfälschen. Das Bekenntnis zur Sicherung der Bürgerfreiheit durch eine liberale Rechtsordnung verband Filbinger mit einer Bekräftigung der Ablehnung der Aufnahme von Verfassungsfeinden in den öffentlichen Dienst.

In einer groß angelegten, wiederholt von starkem Beifall unterbrochenen Rede behandelte Helmut Kohl das Kongreß-Thema „Recht sichert die Freiheit“. Er bezeichnete die Unionsparteien als Parteien, die den Staat bejahen, die Verfassung verteidigen, die Gerech-

tigkeit anstreben und für Rechtsstaatlichkeit eintreten. Von Wortlaut, Sinn, Wesen und Entstehungsgeschichte unseres Grundgesetzes ausgehend, setzte sich Helmut Kohl eingehend mit der von neo-marxistischen Grundtendenzen bestimmten Staats- und Rechtspolitik der SPD auseinander.

Aus dem Gebot des demokratischen Rechtsstaats folgert der Parteivorsitzende, daß es kein besonderes CDU/CSU-Recht gebe, wie es auch kein SPD- oder FDP-Recht gebe. Er warb dafür, das Recht wieder als gemeinsames Recht der diesen Staat tragenden demokratischen Parteien und Kräfte zu verstehen und wies dabei auf die für unser Land schädliche Haltung der SPD/FDP-Koalition bei der Neuregelung von § 218 StGB (Abtreibung) sowie beim Scheidungsrecht hin.

Franz Josef Strauß übermittelte dem Kongreß ein schriftliches Grußwort, in dem er die Entschlossenheit der Unionsparteien unterstrich, den unauf löstlichen Zusammenhang von Fortschritt und Freiheit, von Ordnung und Recht in unserer Gesellschaft zu gewährleisten.

Der Vorsitzende des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ), Friedrich Vogel, stellte heraus, daß die bisher erfolgreichste Phase deutscher Nachkriegspolitik vor dem Amtsantritt der Regierung Brandt im Jahre 1969 gelegen habe, zumal bis dahin Rechtspolitik in den Grundlinien

von allen Parteien gemeinsamen getragen worden sei. Seitdem hätten SPD und FDP eine in wesentlichen Teilen grundsätzlich andere Rechtspolitik betrieben.

Besinnung auf den Kern des Grundgesetzes

Höhepunkt einer von Dr. Carl Otto Lenz, MdB, Vorsitzender des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages, geleiteten Abendveranstaltung war ein tiefgründiger, wissenschaftlicher Vortrag von Dr. Ernst Benda, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, über „Rechtsstaat im sozialen Wandel“. Ernst Benda wies auf die zahlreichen Anzeichen des sozialen Wandels hin, zeigte zahlreiche Gefährdungen und Herausforderungen des freiheitlichen Rechtsstaates auf und legte dar, wie durch Besinnung auf den unaufgebbaren materialen Kernbestand des Grundgesetzes Ansätze zur Meisterung dieser Probleme gewonnen werden können.

Schwerpunkt der Tätigkeit des Kongresses war die Arbeit in vier Abteilungen. Unter Vorsitz von Prof. Dr. Hans H. Klein, MdB, nahm die 1. Abteilung „Öffentliches Recht“ unter dem Leitthema „Rechtliche und ökonomische Bedingungen der Freiheit“ zunächst ein Referat von Prof. Dr. Klaus Stern (Köln) sowie die Statements von fünf weiteren Teilnehmern der Podiumsdiskussion entgegen, bevor eine allgemeine Diskussion zu einer Bekräftigung der Bedeutung der Freiheit sowie des machtvoll verteilenden Prinzips der Sozialen Marktwirtschaft führte.

Die 2. Abteilung „Zivilrecht“ befaßte sich unter Vorsitz von Rechtsanwalt und Notar Benno Erhard, MdB, unter dem Leitthema „Schadenersatzansprüche für Verbraucher und Verbraucherverbände bei irreführender Werbung?“

Die 3. Abteilung „Rechtspflege“ nahm unter dem Leitthema „Unabhängigkeit und soziale Verantwortung der Rechtspflege“ unter Vorsitz von OLG-Präsident Dr. Eberhard Kuthning (Schleswig) zunächst die Referate von Justizminister Dr. Henning Schwarz (Kiel) und von Prof. Dr. Niklas Luhmann (Bielefeld/New York) entgegen. Die lebhafteste Aussprache führte zu dem Ergebnis, daß an dem vom Grundgesetz und den Landesverfassungen gezeichneten Bild des unabhängigen Richters festgehalten werden müsse.

In der 4. Abteilung „Strafrecht“ unter dem Leitthema „Sicherung der Rechtsprechung bei strafrechtlichen Großverfahren“ diskutierte das sehr gut besuchte Auditorium unter Vorsitz vom 1. Staatsanwalt Dr. Heinz Eyrich, MdB, nach einem Referat von Justizminister Otto Theisen, MdL (Mainz), sechs Theisen. Darin wurde übereinstimmend festgestellt, daß es einerseits erforderlich sei, von den geltenden gesetzlichen Möglichkeiten verstärkt sachgemäßen Gebrauch zu machen, daß aber andererseits die gegenwärtigen Gesetze nicht ausreichen, um mit den aufgetretenen Schwierigkeiten fertig zu werden. Ferner dürfte der Anwaltsstand in der Ausübung der freien Advokatur nicht behindert werden.

Der bayerische Justizminister Dr. Karl Hillermeier referierte auf der Schlußsitzung über „Freiheit und soziale Verantwortung im Vertragsrecht — Auftrag an den Gesetzgeber“.

Die umfangreichen Materialien des Rechtspolitischen Kongresses können ab sofort von Interessenten kostenlos in Einzelexemplaren — soweit vorrätig — bei dem Archiv der CDU-Bundesgeschäftsstelle, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, angefordert werden.

■ BODENRECHT

Klare Vorschläge zur Abwehr getarnter Enteignungstendenzen

Der überzogene Reformdrang der SPD/FDP-Koalition hat sich mit Vorliebe auch dem Grund und Boden zugewandt. Anstatt die ungesunde Flucht in die Sachwerte vor allem als Folge der Inflation zu entlarven und das Übel an der Wurzel zu packen, indem das Gleichgewicht in der Wirtschaft und auf dem Bodenmarkt hergestellt wird, gehen die Bestrebungen so weit, Schritt für Schritt das Eigentum an Grund und Boden auszuhöhlen — bis zur Enteignung: es wird zwischen „Nutzungseigentum“ und „Verfügungseigentum“ unterschieden. Der Abgeordnete Dr. Hansjörg Häfele hat als Vorsitzender der Fraktionsarbeitsgruppe Bodenabgaberecht das Ergebnis der Fraktionsberatungen zu diesem Thema wie folgt dargestellt:

Ein Kind dieser Bewegung ist der „Planungswertausgleich“ (vgl. UId 49/75). Ihn will die Koalition im zu erneuernden Bundesbaugesetz verankern. Er soll zunächst 50 v. H. der sogenannten Planungsgewinne abschöpfen. Für die Bürger kann er unabsehbare Belastungen nach sich ziehen. Nach dem Willen der SPD soll er nur ein erster Schritt sein.

Demgegenüber betrachtet die CDU/CSU das Eigentum an Grund und Boden von möglichst vielen als eine der

besten Grundlagen für eine freie Gesellschaft von unabhängigen Bürgern. Gerade weil die CDU/CSU Grund- und Hauseigentum möglichst breit streuen will, geht es ihr darum, Auswüchse zu verhindern und Spekulanten das Handwerk zu legen. Schon vor Jahren haben CDU und CSU entsprechende Parteitagbeschlüsse gefaßt.

Außerdem hat sich die gesamtwirtschaftliche Lage und die Entwicklung auf dem Bau- und Bodenmarkt grundlegend verändert: In den nächsten Jahren geht es weniger darum, krankhafte Überhitzungen auf diesem Feld zu bekämpfen, als Bauwillige möglichst zu ermuntern. Schließlich haben die durchgeführten praktischen Planspiele neue Erkenntnisse gebracht. Insbesondere hat sich gezeigt, daß der Planungswertausgleich unüberwindliche Schwierigkeiten bei der Wertermittlung und einen nicht vertretbaren Verwaltungsaufwand mit Personalvermehrungen bei den Gemeinden mit sich bringt. Er trifft vor allem den Falschen, den, der baut. Zu diesem Planungswertausgleich sagt die CDU/CSU ein klares Nein.

Für Versteuerung von Veräußerungsgewinnen im Rahmen des Einkommensteuerrechts stellt die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen Antrag, der ein echtes Ärgernis beseitigen soll. Bisher waren tatsächlich gemachte Gewinne aus Wiederveräußerungen von Grund-

stücken Privater nach Ablauf des zweiten Jahres nach Erwerb einkommensteuerfrei. Dies verleitet dazu, auf zwei Jahre zu spekulieren, und führte immer wieder zu erheblichen, un versteuerten Gewinnen. Die CDU/CSU will die sogenannte Spekulationsfrist von zwei auf zehn Jahre ausgeweitet haben. Die Bonner Koalition hat es versäumt, diese überfällige praktische Lösung vorzusehen.

Die derzeitige Einheitsbewertung bezieht sich auf das Jahr 1964. Sie ist großenteils schon wieder überholt. Die Bundesregierung hat es unterlassen, die Arbeiten für eine neue Einheitsbewertung voranzutreiben. Eine gerechte Besteuerung des Grund und Bodens setzt eine zeitnahe Einheitsbewertung voraus, vor allem wegen der Ungleichheit der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung der verschiedenen Arten der Vermögen.

Selbstverständlich wird die CDU/CSU nach einer zeitnahen Einheitsbewertung nicht zur verschärften Besteuerung der breiten Schichten von Eigenheimbesitzern, Wohnungseigentümern, Bauwilligen und Mietern die Hand reichen. Die dann festzulegenden Steuermaßzahlen müssen entsprechend ausfallen. Zu beachten ist auch immer, daß die Gesamtbelastung für die Bürger nicht unerträglich wird.

Maßvolle Grundsteuer statt Planungswertausgleich

Als Vorgriff auf die künftige aktualisierte Grundsteuer soll nach dem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Grundstücke, welche neu in den Geltungsbereich eines Bebauungsplanes fallen, eine aufgestockte Grundsteuer eingeführt werden. Die Mehrbe-

lastung ist gerecht und wesentlich maßvoller, als es die Bundesregierung mit ihrem Planungswertausgleich vorhat. Jede überhöhte zusätzliche Abgabenbelastung führt schließlich nur zu Preissteigerungen und verschreckt die Bauwilligen, so daß der „kleine Mann“ immer seltener zu Grund- oder Hauseigentum kommt. Die aufgestockte Grundsteuer hat auch den wichtigen Vorzug, daß sie als echte Grundsteuer die Vorschriften zugunsten der Eigentumsbildung im Wohnungsbau unberührt läßt.

Ein Damm gegen eigentumsfeindliche Ideologen

Alles in allem: Die Vorschläge der CDU/CSU sind praktikabel und werden der heutigen und der voraussehbaren Entwicklung auf dem Bau- und Bodenmarkt gerecht. Sie fördern die breite Streuung von Eigentum an Grund und Boden und ermuntern die Bauwilligen, anstatt sie zu verschrecken. Zugleich bilden sie einen Damm gegen die Ideologen, welche das Bodeneigentum aushöhlen oder gar abschaffen wollen.

■ TERMINE

- 13./14. 12. **JU — Bund**, Bundesvorstand
- 15. 12. **CDU — Bund**, Präsidium, Bonn
- 15. 12. **LV Saar**, Landesvorstand, Saarbrücken
- 15. 12. **LV Saar**, Landesausschuß, Saarbrücken
- 16. 12. **CDU — Bund**, Landesgeschäftsführerkonferenz, Bonn
- 19. 12. **LV Rheinland**, Geschäftsführendes Landesvorstand, Köln
- 19. 12. **LV Rheinland**, Landesvorstand Köln

■ OSTPOLITIK

Eine Erkenntnis, die einige Jahre zu spät kommt

In der jüngsten Lorenz-Runde des ZDF (27. November 1975)
— Journalisten fragen — Politiker
antworten — leistete der Re-
gierende Bürgermeister von Berlin,
Klaus Schütz, einen bemerkens-
werten Offenbarungseid hinsicht-
lich der Ost- und Deutschland-
politik der SPD/FDP-Regierung
seit 1969. Nachfolgend ein Wort-
auszug und die Antwort von
Karl Carstens in der gleichen
Sendung:

Reissenberger (Journalist): Herr Regie-
render Bürgermeister, Sie haben wichti-
ge Probleme mit Präsident Ford vor
einigen Tagen in Washington bespro-
chen. Sie haben Sorgen.

Schütz: Wenn ich richtig mitbekommen
habe, was der Präsident gesagt hat, hat
er Zweifel, ob es möglich ist, eine zwei-
te Runde über Salt (Begrenzung der
Atomwaffen) zum Erfolg zu bringen im
Augenblick. Ich habe generell Zweifel.
Ich persönlich bin bestätigt worden
durch das, was ich dort in den vielfälti-
gen Gesprächen auch gerade im Detail
im State Department erfahren habe, in
der Einschätzung, daß wir es jetzt
schon eine Zeitlang, aber wohl auch
noch für eine Zukunft mit einem fast
völligen Stillstand auf diesem Gebiet
unserer Beziehungen — jetzt meine ich
mal der westlichen Beziehungen, über-
haupt nicht nur der Bundesrepublik —
mit den osteuropäischen Ländern auch

gerade mit der sowjetischen Führungs-
macht zu tun haben. Das mag seine
Gründe haben, viele meinen in der Vor-
bereitung des dortigen Parteikongres-
ses, der ja in der Tat wohl immer ein
ganz bestimmtes wichtiges Ereignis ist.
Und das ist wohl die Erläuterung dafür,
daß man im Grunde genommen über-
haupt keine Bewegung mehr hat auch
in den Punkten, in denen man vorwärts-
kommen müßte, also auch da, wo es
darum geht, abgeschlossene Vereinba-
rungen, wie die Helsinki-Vereinbarun-
gen, endlich mit Leben auszufüllen,
oder wo es darum geht, die Teile des
Berlin-Abkommens, die noch ausgefüllt
werden müssen, durch praktische Poli-
tik ausgefüllt werden müssen, endlich
in die Tat umzusetzen. Dort werden wir
offenbar nicht weiterkommen . . .

Carstens: Ich stelle fest, daß ich in der
Einschätzung der Lage weitgehend mit
Herrn Schütz übereinstimme; ich muß
nur sagen, nach meiner Auffassung
kommt diese Erkenntnis Jahre zu spät.
Ich bin auch noch sehr im Zweifel, ob
— wenn Herr Brandt hier neben uns
säße — er die gleiche Sprache spre-
chen würde, wie Herr Schütz sie ge-
sprochen hat. Dies hätte man erkennen
können und erkennen müssen, als man
die Verträge mit der Sowjetunion, mit
Polen, mit der CSSR und mit der DDR
schloß. Damals hätte man sicherstellen
müssen, daß Berlin einbezogen wurde,
damals hat man Berlin vernachlässigt.

■ ZITAT

Üble Kampagne

Elf Monate vor der Bundestagswahl hat die Bundesrepublik durch eine infame Kampagne der SPD einen Vorgeschmack davon bekommen, wie die SPD mit dem CDU-Kanzlerkandidaten Helmut Kohl umspringen wird. Auf offiziellem Papier der SPD-Bundestagsfraktion — und dahinter stehen mehr Leute als der SPD-Abgeordnete Arndt, der den Vorwurf ausgesprochen hat — wird Kohl vorgehalten, mit einem Auftritt im Bundestag die Verfassung verletzt zu haben.

Der Vorwurf ist unsinnig, aber gerade deshalb bezeichnend für die Absichten der SPD, den wegen seiner moralischen Qualitäten gerühmten CDU-Mann in Verruf zu bringen. Durch Brandt weiß die SPD, welches Kapital die Zuordnung von Eigenschaften wie „ehrlich“, „anständig“ und „vertrauenserweckend“ bringen kann.

Infam ist die Kampagne, weil gerade höchste SPD-Leute die Widersprüche zu dem Vorwurf gleich mitgeliefert haben: Bundeskanzler Schmidt und Bundestagspräsidentin Renger. Der Kanzler rief im Sommer bei der Debatte über die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa lauthals nach einem Bundestagsauftritt seines Gegners Kohl. Frau Renger in der umstritte-

Anschrift:

nen Bundestagssitzung zu Kohl: „Sie sind natürlich als Mitglied des Bundesrates hier, Sie sprechen selbstverständlich auch für Ihre Freunde von der CDU/CSU. Das ist klar.“

Einen besseren Beweis für die Intamie der Kampagne gibt es nicht. Da braucht gar nicht in der Vergangenheit herumgekratzt zu werden, wo sich die beiden Ministerpräsidenten Heinz Kühn und Gerhard Stoltenberg — natürlich als Bundesratsmitglieder — heiße Rededuelle geliefert haben, ohne daß jemand Anstoß an den Auftritten nahm. Alle heutigen Ministerpräsidenten und Hansestadt-Chefs haben im Bundestag geredet.

Solche Argumente sind schon fast Haarspalterei; eine Betrachtung über die Verfassungsmäßigkeit von Kohls Auftritt erst recht. Es geht den Sozialdemokraten darum, Kohl zumindest in den Geruch von politischer Unanständigkeit zu bringen. Mehr nicht.

Daran sollte die SPD denken, wenn einmal die gemeinen Verunglimpfungen der Parteien im Wahlkampf gesammelt und gewogen werden.

Kölnische Rundschau, 5. Dezember 1974

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinrich Winkler, 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun, **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932, Postscheckkonto Köln 1937 95. **Abonnementspreis** vierteljährlich 9,— DM. **Einzelpreis** 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID